

# «Familie und Beruf» scheiterte an befürchteter Diskriminierung

**Analyse** Das Liechtenstein-Institut ging dem deutlichen Nein zur ursprünglich von der Wirtschaftskammer initiierten Abstimmung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf den Grund. Auch im Ministerium für Gesellschaft zog man bereits erste Schlüsse.

VON DANIELA FRITZ

Am 18. September stimmte das Volk über die im Rahmen der Initiative «Familie und Beruf» von der Wirtschaftskammer gemachten Vorschläge zur Abänderung des Familienzulagengesetzes (FZG) ab - und erteilte diesen eine klare Absage. 82,4 Prozent stimmten gegen die Vorlage - so deutlich war in den vergangenen Jahren keine Abstimmung ausgegangen.

In einer Nachwahlbefragung ging das Liechtenstein-Institut den Moti-

ven der Wähler nach. Wie sich in der gestern veröffentlichten Publikation zeigt, lässt sich das Ergebnis durch soziodemografische Faktoren wie etwa das Alter, Geschlecht, Zivilstand oder Bildung nicht erklären. So stimmten beispielsweise Alleinerziehende nicht gravierend anders als ein Paar mit Kindern.

## Klare Motive auf beiden Seiten

Gemäss der Umfrage des Liechtenstein-Instituts lässt sich das Wahlverhalten aus den Inhalten der Vorlage selbst erklären: So nannten die

Gegner als ausschlagendes Argument für ihre Ablehnung, dass durch die ausserhäusliche Betreuung in Kindertagesstätten das «traditionelle» Familienmodell diskriminiert werde. Viele Befragten begründeten ihre Entscheidung auch damit, dass die Vorlage unausgereift, einseitig und nicht durchdacht sei.

Die befragten Befürworter von «Familie und Beruf» argumentierten gemäss Liechtenstein-Institut mit der grundsätzlichen Notwendigkeit eines Ausbaus von Kindertagesstätten sowie der generellen Verbesserung

der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele Befragten wollten, dass «etwas vorwärtsgeht».

## Kein Festhalten am Status quo

Die Vorlage sei nicht abgelehnt worden, «damit alles beim Alten bleibt», folgert Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts. Dieser Meinung scheint auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zu sein. Es seien bereits Gespräche geführt worden, um im Bereich der Kita-Finanzierung für eine gerechte Fördergrundlage zu sorgen. **Seite 3**

# Schwerpunkt Nachwahlbefragung zu «Familie und Beruf»

## Aber beim Alten soll es auch nicht bleiben

**Umfrage** Die auf der Wirtschaftskammer-Initiative «Familie und Beruf» basierende Vorlage wurde vom Stimmvolk nicht abgelehnt, weil sich die Bürger keine Veränderung wünschen. Das Wie war ausschlaggebend.

VON DANIELA FRITZ

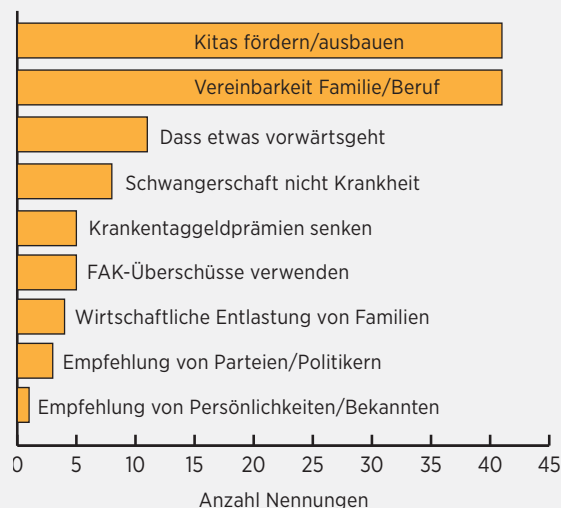
Das Nein an der Urne sei nicht mit einer Ablehnung des weiteren Ausbaus der ausserhüslichen Kinderbetreuung gleichzusetzen, kommt Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, in der Nachwahlbefragung zur Abstimmung über die Abänderung des Familienzulagengesetzes zum Schluss: «Im Gegenteil wünscht eine grosse Mehrheit der Befragten einen weiteren Ausbau.» Dieser solle gemäss der repräsentativen Meinungsumfrage allerdings nicht auf Kitas beschränkt bleiben, auch die Betreuung von Kindern zu Hause solle von der öffentlichen Hand stärker unterstützt werden.

### Ausbau breit befürwortet

Während sich nur 18 Prozent der Befragten gegen einen weiteren Ausbau der ausserhüslichen Kinderbetreuung aussprechen, wird dies von einem Grossteil der Befürworter der Initiative (89 Prozent) begrüsst.

### Motive der Wähler

#### Gründe für die Zustimmung



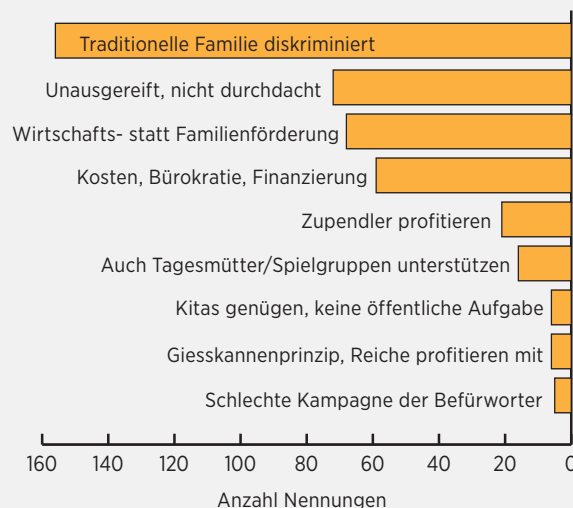
Grafik: «Volksblatt»

Selbst die Gegner zeigen sich mit 63 Prozent einem solchen Plan offen gegenüber. Zwar war die politische Zugehörigkeit bei der Entscheidung für oder gegen die Vorlage nicht massgebend, beim Ausbau der Kinderbetreuung zeigen sich dennoch einige Unterschiede. So unterstützt die Anhängerschaft der Freien Liste diese Forderung zu 90 Prozent, ge-

folgt von Personen, die sich mehr der VU (80 Prozent) und der FBP (75 Prozent) zugehörig fühlen. Unter DU-Wählern sind immerhin noch 64 Prozent der Befragten für einen Ausbau.

Quer durch alle Altersschichten zeigt sich diesbezüglich ebenfalls eine klare Befürwortung, wobei diese bei Jüngeren (90 Prozent) deutlicher

#### Gründe für die Ablehnung



Quelle: Liechtenstein-Institut

ausfiel. Ältere Personen unterstützen die Forderung aber ebenfalls zu rund drei Viertel.

### «Traditionelles Modell» fördern

Das Argument, dass die «traditionelle» Familie - gemeint ist wohl jenes Modell, in dem die Frau die Kinderbetreuung übernimmt - durch den Vorschlag der Wirtschaftskammer

diskriminiert werde, war der Hauptgrund, warum die Vorlage an der Urne scheiterte. Demnach verwundert es nicht, dass die Gegner zu 84 Prozent für eine stärkere staatliche Unterstützung der Kinderbetreuung zu Hause sind. Die Befürworter der Vorlage vertreten hier eine weniger klare Meinung: 44 Prozent sind sich diesbezüglich nicht sicher, 14 Prozent sind dagegen.

Eine grössere Einigkeit erzielt die Frage, ob neben Kitas auch Spielgruppen, Tagesmütter und andere Formen der ausserhüslichen Betreuung gefördert werden sollten. Dies war im Vorfeld der Abstimmung einer jener Punkte, die besonders in den Leserbriefspalten der Tageszeitungen, aber auch seitens entsprechender Organisationen Kritik hervorriefen. Am stärksten wird diese Forderung von den Gegnern (80 Prozent) unterstützt, allerdings sind jene, die mit Ja abstimmten, ebenfalls grösstenteils dafür (76 Prozent).

Immerhin 37,8 Prozent der Stimmbürger beteiligten sich nicht an der Abstimmung am 18. September. Der am häufigsten genannte Grund für das Fernbleiben war ein Zeitproblem beziehungsweise Auslandsaufenthalt. Weitere Gründe waren das mangelnde Interesse oder fehlende Betroffenheit. «In einigen Fällen traten auch Kritik an der unausgereiften und widersprüchlichen Vorlage auf, sodass auch Schwierigkeiten auftraten, sich für ein Ja oder Nein zu entscheiden», meint Marxer.